

**Antrag zur Sitzung des BZA Rosellen am 25.09.2019**  
**Bürgerzentrum Allerheiligen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Ratsfraktion bitten wir darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Bezirksausschusses Rosellen am 25. September 2019 zu setzen und darüber beschließen zu lassen.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bezirksausschuss Rosellen spricht sich für die Errichtung eines Bürgerzentrums in Allerheiligen aus und bittet die Verwaltung, Gespräche mit geeigneten Investoren oder Betreibern zu führen.
2. Bezüglich einer möglichen Konzeption soll sich zumindest an den folgenden Eckpunkten orientiert werden:
  - a) Großer und teilbarer Saal, in dem 200 Personen Platz finden, um Veranstaltungen und Versammlungen von Vereinen durchführen zu können
  - b) Zusätzliche kleinere Räume für kulturelle oder sportliche Aktivitäten
  - c) Gastronomiebetrieb mit Restaurant
  - d) Sicherstellung einer guten verkehrlichen Anbindung

**Begründung:**

Die Bürgerinnen und Bürger in Allerheiligen wünschen sich seit vielen Jahren die Schaffung eines Bürgerzentrums. In Allerheiligen und Rosellen gibt es seit einiger Zeit kaum noch gastronomische Angebote mehr, in Rosellerheide nur ein eingeschränktes Angebot.

Auch die vielen Vereine und Verbände in den Stadtteilen sind mit der aktuellen Situation nicht glücklich und wünschen sich Räumlichkeiten für die Durchführung ihrer vielfältigen und für das Leben im Stadtteil wichtigen Veranstaltungen. Der Sonderausschuss Allerheiligen hat sich viele Jahre lang für die Einrichtung eines Bürgerzentrums ausgesprochen. Auf Vorschlag der Verwaltung haben der BZA Rosellen und der Rat allerdings im Dezember 2007 beschlossen, auf die Errichtung eines eigenständigen Gebäudes für das Bürgerzentrum zu verzichten.

Aus Sicht der SPD-Fraktion war es seinerzeit ein Fehler, dass die weit fortgeschrittenen Planungen nicht fortgesetzt wurden. Daher sollte die Verwaltung versuchen, Gespräche mit möglichen Investoren oder Betreibern zu führen. Wir sind davon überzeugt, dass ein zeitgemäßes Konzept mit möglichen geeigneten Standortvorschlägen die Situation der Bürgerinnen und Bürger sowie der betroffenen Vereine deutlich verbessern würde.